



Anspruch und Wirklichkeit

Unter dem Motto „Zukunft statt Abschöpfung“ protestierten Bioenergiebauern jüngst vor dem Deutschen Bundestag gegen die existenzgefährdenden Pläne der Bundesregierung zur Erlösabschöpfung auf Erneuerbare Energien. Der DBV hatte hierzu gemeinsam mit den Bioenergieverbänden aufgerufen.

Foto: Philipp Weiser

Bernhard Krüsen

Will man ein Jahr Ampelkoalition bilanzieren, geht das sicher nicht ohne Berücksichtigung von zehn Monaten Angriffskrieg gegen die Ukraine und vor allem den zahlreichen dadurch ausgelösten Verwerfungen. Der Realitätskontakt, den diese Bundesregierung erleben musste, war hart und heftig. Dennoch haben die Koalitionäre bzw. deren Akteure in der Bundesregierung auf einigen Feldern zur Realpolitik gefunden: Die Grünen bemühen sich um neue Lieferanten für Gas und Öl, die SPD um Waffenlieferungen an die Ukraine und die FDP organisiert offene oder verdeckte zusätzliche Haushaltsdefizite. Dies und das bisherige Krisenmanagement mit der finanziellen Gießkanne ist nicht der Weisheit letzter Schluss und noch keine angemessene Antwort auf Rezession, Inflation und die Risiken für Wirtschaft, Wohlstand und die Zukunft des Industriestandortes Deutschland. Aber mancher Beobachter hätte bei diesen Themen mehr Ideologie und weniger Pragmatismus erwartet.

Die Konzepte liegen auf dem Tisch...

Hier soll es aber um die Land- und Ernährungswirtschaft sowie die Agrar- und Umweltpolitik gehen, bei der es in weiten Teilen nicht pragmatisch zugeht. Zur Erinnerung: Schlüssige Vorschläge und Konzepte zur zukünftigen Ausrichtung der Landwirtschaft liegen seit geraumer Zeit auf dem Tisch, und zwar erarbeitet von der Zukunftskommission Landwirtschaft und dem Kompetenznetzwerk Nutz-

tierhaltung. Weil in beiden Fällen diese Empfehlungen von einem breiten Bündnis zwischen Landwirtschaft, Wissenschaft, Natur- und Tierschutz getragen werden, darf man das durchaus als Maßstab für die Politik heranziehen. Bundesumweltministerin Steffi Lemke und ihr für das Ressort Landwirtschaft zuständiger Amtskollege Cem Özdemir haben sich löblicherweise zu den Ergebnissen und Grundprinzipien der beiden Kommissionen (Kooperation mit den Landwirten, Anreize und Ausgleich, gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Finanzierung der „Transformation“ usw.) bekannt und diese sinngemäß als gute Arbeitsgrundlage eingeordnet. Einige Elemente finden sich auch in der politischen Programmatik wieder, zum Beispiel beim Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz.

...bleiben im Tagesgeschäft aber auf der Strecke

Bei vielen Gesetzgebungsprojekten bleibt diese Grundrichtung im Tagesgeschäft aber auf der Strecke. An erster Stelle ist hier die Tierhaltung zu nennen, bei der drei zentrale Hausaufgaben zu lösen sind: Kennzeichnung, Finanzierungsmodell und Baurecht. Das Flaggschiffprojekt Tierhaltungskennzeichnung hat so viele Schwachstellen und Defizite, dass man fast den Willen zum Fehlstart unterstellen muss. Beim Tierwohlvorrang im Baurecht zeichnet sich ein ähnliches Bild ab; der in den bisherigen Vorschlägen eingebaute Zwang zur Bestandsabstockung ist eine offensichtliche und effektive Abschreckung für den Umbau zu

Ist die GAP fit für die Zeitenwende?

Zugegeben: Nach 5 Jahren Reformprozess zur Neujustierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) fallen nur die vergangenen 12 Monate in die Verantwortlichkeit der Ampelregierung auf Ebene des Bundes. Doch diese Zeit hatte es in sich. Besonders im Jahr 2022 haben sich in bemerkenswerter Art und Weise die Verhandlungen des grün geführten Bundeslandwirtschaftsministeriums mit der EU-Kommission um den GAP-Strategieplan 2023-2027 zu einem wahren Machtkampf der Bürokratie entwickelt. Vorgänge, die in puncto klarer Entscheidungen, praktikabler Vorgaben und frühzeitiger Planungssicherheit vor allem zulasten der Landwirte ausgetragen wurden.

Lichtblicke vor allem durch Engagement des Berufsstandes

Trotz Brexit konnte das EU-Budget für die Agrarförderung relativ stabil gehalten werden. Hierfür fielen die Entscheidungen bereits im Jahr 2020. Auch wenn die Einkommenswirkung der GAP-Förderung für die Betriebe merklich schwindet, so gehen gewisse Vereinfachungen und aufgehobene Unverhältnismäßigkeiten beispielsweise bei Tierkennzeichnungspflicht, Brachen, Fruchtwechsel und Mindestbegrünung insbesondere auf das Drängen des Bauernverbandes zurück.

GAP-Fördersystem im kritischen Zustand

Und dennoch: Bereits vor der Umsetzung der GAP ab 2023 ist deutlich, dass die EU-Förderpolitik unter schweren Mängeln leidet. Vom politischen Versprechen eines „neuen Liefermodells“ mit mehr Ergebnisorientierung und Gestaltungsmöglichkeiten für EU-Staaten und Landwirte ist nicht viel geblieben. Die „Grüne Architektur“ – d.h. Konditionalität, Eco Schemes und Agrarumweltmaßnahmen – ist überkomplex und dysfunktional. Landwirte, Verwaltungen und Berater blicken kaum mehr durch. Das Zusammenführen aller Fördermaßnahmen in einem zentralisierten GAP-Strategieplan hat sich schon jetzt nicht bewährt. Hierzulande kannibalisieren künftig weite Teile der Eco Schemes bewährte Agrarumweltmaßnahmen der Länder. Die Basisprämie sinkt auf ca. 150 Euro/ha bei deutlich verschärfter Konditionalität. Die Attraktivität dieser Flächenzahlung für die Landwirte schwindet also. Allerdings: Die Grundidee der einjährigen Eco Schemes als Ergänzung der mehrjährigen Agrarumweltmaßnahmen der Länder bleibt aber positiv. Die Ampelregierung im Bund wird deutlich besser unter Beweis stellen müssen, wie ernst ihr eine attraktivere Honorierung von Umwelt- und Klimaleistungen wirklich ist. Und zwar ohne Ernährungssicherung aus dem Fokus zu verlieren.

Christian Gaebel

höheren Tierwohlstandards. Die Situation bezüglich der Finanzierung des Umbaus ist bekannt – und natürlich hat niemand die Absicht, die Tierhaltung in andere Teile Europas zu verlagern. Versorgungssicherheit nicht nur bei Energie und industriellen Lieferketten, sondern auch bei Lebensmitteln, erneuerbaren Energien und nachwachsenden

den Rohstoffen ist unstrittig eine strategische Aufgabe. Bei der GAP und beim Thema Flächenkonkurrenz zeigt sich aber, dass die veränderte geopolitische Situation noch immer nicht wirklich im Tagesgeschäft angekommen ist. Es gibt also noch einiges zu tun, damit es der deutschen Landwirtschaft nicht so geht wie dem Fußball.

Steuerpolitische Zeitenwende?

Die neue Ampelregierung hat ihre Koalitionsvereinbarung unter das Thema „Mehr Fortschritt wagen“ gestellt. Gekennzeichnet ist die aktuelle Steuer- und Finanzpolitik nun vom Ukraine-Krieg und der Energiekrise. Aber gerade in Krisenzeiten bedarf es steuerpolitischer Maßnahmen für die Unternehmen, um Liquidität und dringende Investitionen zu sichern. Auch für die wie keine andere Branche schwankenden Ernten und volatilen Märkten ausgesetzten land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sind diese aber bislang ausgeblieben. So finden sich im aktuell beratenen Jahressteuergesetz 2022 keine steuerlichen Instrumente zur Stärkung der Betriebe. Ein solches Instrument ist die in der Praxis bewährte und etablierte Tarifglättung des § 32 c EStG. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, die wirksame Regelung des § 32c EStG zu entfristen – der DBV fordert dies seit langem mit Nachdruck. Ob sich die Ampelregierung hier auf ein Signal für zukunftsfähige

landwirtschaftliche Betrieb einigen kann, ist mit vielen Fragezeichen verbunden.

Auch die im Koalitionsvertrag schon für 2022 und 2023 angekündigte „Super-Abschreibung“ für Digitalisierung und Klimaschutz wurde verschoben, obwohl schon jetzt unbedingt Investitionsanreize geschaffen werden müssen. Die Krisenzeiten zeigen deutlich, dass die Betriebe besser für eine betriebseigene Risikovorsorge gestärkt werden müssen. So sollte den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ermöglicht werden, für einen Teil ihrer Gewinne eine steuerfreie Rücklage bilden zu können. Es bedarf deutlicher steuerpolitischer Signale. Durchaus erfreulich sind die mit dem Jahressteuergesetz 2022 vorgesehenen steuerlichen Entlastungen für kleinere Photovoltaikanlagen, für diese soll ab 2023 die Besteuerung bei der Einkommen- und Umsatzsteuer komplett entfallen.

Annett Brinckmann